

Die Gefahr der digitalen Desinformation

Fast News – Fake News: Keine Zeit für die Wahrheit?

Fakten und Fakes, Wahrheit und Wirklichkeitskonstruktion: Die Grenzen zwischen wahren und falschen Nachrichten verschwimmen, journalistische Inhalte sehen sich mit Lügenpresse-Vorwürfen konfrontiert, während Verschwörungstheoretiker in ihren Echokammern behaupten, eine nur vermeintlich freie Presse werde längst vom Staat gelenkt. Die einen setzen Falschmeldungen in die Welt, andere sprechen von alternativen Fakten, um letztlich Desinformation zu betreiben. Im Rahmen der 11. Medienversammlung der Landesanstalt für Medien NRW (LfM) diskutierten am 19. Juni in Köln mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über das Thema „Fast News – Fake News: Keine Zeit für die Wahrheit?“

„Fake News ist eigentlich gar kein trennscharfer Begriff“, kritisierte der Vorsitzende der LfM-Medienkommission, **Prof. Dr. Werner Schwaderlapp**. Er machte gleich zum Auftakt der von **Andreas Stopp** (Deutschlandfunk) moderierten Veranstaltung im Medienzentrum KOMED darauf aufmerksam, dass unter dem Schlagwort ein „Sammelsurium von Phänomenen“ subsumiert werde, das von der irrtümlichen Falschmeldung bis zur gezielten Manipulation reiche. Fakt sei hingegen, dass bei sozialen Online-Netzwerken wie Facebook oder Twitter Meldungen mit Stammtisch-Niveau unkontrolliert verbreitet würden. Dabei spielten Algorithmen und Social Bots, von denen die Verbreitung gezielt multipliziert werde, eine zentrale Rolle. „Wir wissen nicht, wie dadurch die Kommunikation gestaltet wird. Und wir wissen auch nicht, wer dafür publizistische Verantwortung trägt“, richtete Schwaderlapp den Fokus auf digitale Plattformen und Intermediäre, die längst „strukturell relevant für die öffentliche Kommunikation“ seien. Während bei klassischen, also journalistisch gestalteten Medien die Verantwortlichen identifizierbar seien, würden neuerdings von Algorithmen gesteuerte Intermediäre die alten Gatekeeper ersetzen, ohne dass eine dafür geeignete Regulierung greifen könne. Mehr publizistische Qualität in Form von „besseren Wirklichkeitsabbildungen“, so sagte der Vorsitzende der LfM-Medienkommission voraus, seien „angesichts der Interessenlage der Intermediäre“ nicht zu erwarten. Deshalb hänge viel davon ab, für die Nachrichtennutzung über Verifikationsmöglichkeiten aufzuklären. Außerdem gehe es darum, sich auf Grundwerte und Ziele für eine öffentliche Kommunikation in der digitalen Gesellschaft zu verständigen und so eine „kluge Weiterentwicklung unserer Kommunikationsordnung“ einzuleiten.

Prof. Dr. Thorsten Quandt vom Institut für Kommunikationswissenschaft der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster machte mit einem Impulsvortrag deutlich, welche Rahmenbedingungen dazu führen, dass der Wahrheitsgehalt von Nachrichten zunehmend öffentlich angezweifelt wird. Das Internet zwingt Journalisten zu höherer Arbeitsgeschwindigkeit. Diese Beschleunigung wiederum bewirke eine „Zerstückelung von Arbeitsprozessen“ und könne schließlich Fehler verursachen. Gleichzeitig gehe das Vertrauen in die Medien und in die „Endgültigkeiten von Fakten“ zurück. „Große Gruppen an den Rändern unserer Gesellschaft vertrauen dem Journalismus überhaupt nicht mehr“, attestierte Quandt. Diese Entwicklung bereite den Boden für propagandistische Desinformationskampagnen, bei denen Fake News „manchmal Teil des geplanten strategischen Handelns“ seien. Social Bots, fingierte Community-Profile und von Algorithmen gesteuerte Social-Media-Kampagnen könnten schließlich demokratische Erosionsprozesse und eine Destabilisierung unserer Gesellschaft auslösen. Regulatorische Interventionsmöglichkeiten würden dagegen kaum etwas bewirken, zeigte sich Quandt skeptisch. Umso wichtiger seien Medienkompetenz und die Förderung von Demokratieverständnis.

Dass die Verifizierung von Nachrichten, die aus sozialen Online-Netzwerken stammen, selbst für professionelle News-Redaktionen eine große Herausforderung bedeutet, schilderte **Sonja Schwetje**. Die Chefredakteurin des TV-Spartenkanals n-tv verwies auf den Zeitdruck von Echtzeit-Journalismus und darauf, dass die Zuschauer wissen wollten, was es mit konkreten Social-Media-Inhalten auf sich habe. Die Zeiten von allwissenden Redaktionen aber seien vorüber. Häufig müssten Meldungen aus Social-Media-Quellen im Programm auch dann aufgegriffen werden, wenn sie noch nicht hundertprozentig auf ihre Richtigkeit geprüft seien. In solchen Fällen informiere n-tv „unter Vorbehalt“ und kündige eine spätere Klärung an. Dafür seien Verifizierungsspezialisten zuständig, die besonders geschult würden. „Wir sind transparent und ehrlich“, versicherte die n-tv-Chefredakteurin. Das schaffe Glaubwürdigkeit.

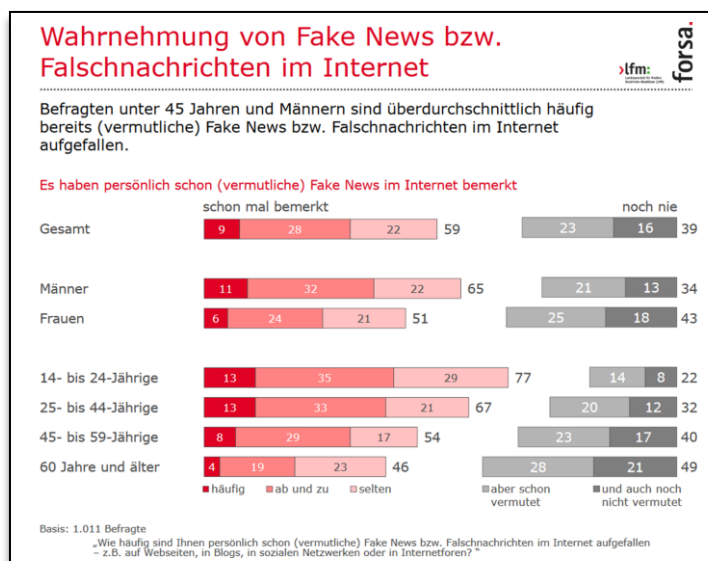
Wer die Stichhaltigkeit vermeintlicher Fake News prüfen lassen will, für den hat das gemeinnützige Recherchezentrum Correctiv den Online-Faktencheck „Echtzeit“ entwickelt. Dort können verdächtige Inhalte gemeldet werden. Desinformation in sozialen Online-Netzwerken wende sich meist an fest umrissene Zielgruppen wie etwa Russlanddeutsche, EU-Skeptiker oder türkischsprachige Nutzer, erklärte **David Schraven**. Der Journalist und Gründer des gemeinnützigen Recherche-Büros Correctiv argumentierte, die klassischen Massenmedien spielten bei Desinformationskampagnen kaum noch eine Rolle. „Die entscheidenden Sachen passieren in Facebook-Gruppen und werden von Social Bots forciert“, warnte Schraven. Auf Fortbildungen zur journalistischen Online-Verifikation hat sich Deutschlands erste Fact-Checking-Nachrichtenagentur wafana spezialisiert. Der Unternehmensname sei aus den Wortanfängen der Begriffe Wahrheit, Fakten und Nachrichten gebildet worden, erklärte Gründerin **Ursula Trischler**. Das Start-up-Unternehmen aus München bietet Redaktionen ein Coaching an, das beispielsweise auf der Basis gratis nutzbarer Tools wie FotoForensics, Youtube DataViewer oder Botometer vermittelt, wie Fake News und Desinformationskampagnen entlarvt werden können. Eine wafana-Umfrage in mehr als zwanzig deutschen Redaktionen habe gezeigt, dass sich die meisten der befragten Journalisten derzeit nicht an User Generated Content heranwagten, da sich dessen Inhalte kaum verifizieren ließen, verwies Trischler auf Ergebnisse einer nicht repräsentativen Befragung. Kommunikationswissenschaftler Quandt ergänzte, bei Online-Leserforen klassischer Printmedien müssten zwischen dreißig und sechzig Prozent der Inhalte von Redaktionen gelöscht werden, weil Nutzerbeiträge gegen den Pressekodex verstießen.



Die Medienfachjournalistin **Ulrike Kaiser**, die für den Deutschen Journalisten-Verband Mitglied der LfM-Medienkommission ist, mahnte, Facebook und Twitter würden Redaktionen stark unter Zeitdruck setzen. Im Spagat zwischen Schnelligkeit und Gründlichkeit müsse sich im Zweifel immer für Gründlichkeit entschieden werden, forderte Kaiser. Diese Gründlichkeit sei allerdings angesichts knapper werdender Redaktionsetats stärker als je zuvor bedroht. Deshalb könnten unbewusste Fehler zunehmen und stehe am Ende die Glaubwürdigkeit als „wichtigstes Kapital von professionellen Medien“ auf dem Spiel. Kaiser empfahl, Redaktionen müssten eine bessere Fehlerkultur entwickeln und Transparenz in Bezug auf journalistische Arbeitsweisen und -bedingungen schaffen. Außerdem müsse vermittelt werden, dass es in einer immer komplexer werdenden Welt nie die einzige Wahrheit an sich geben könne. Bei Fake News sei im Übrigen eine trennscharfe Sicht notwendig. So müsse deutlich werden, dass der Begriff als pauschaler Angriff auf die Medien instrumentalisiert werde.

59 Prozent der Online-Nutzer in Deutschland (ab 14 Jahren) seien im Internet bereits einmal auf (vermeintliche) Fake News gestoßen, referierte **Dr. Meike Isenberg** die Ergebnisse einer von der LfM beim Meinungsforschungsinstitut Forsa in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage (1.011 Befragte). Die LfM-Referentin für Forschung und Medienkompetenz berichtete, in der Gruppe der 14- bis 24-Jährigen hätten sogar 77 Prozent der Befragten angegeben, bei Internetseiten, Blogs, sozialen Online-Netzwerken oder Internetforen auf (vermutliche) Fake News bzw. Falschnachrichten gestoßen zu sein.

48 Prozent der im Mai von Forsa Befragten, die schon einmal Fake News bzw. Falschnachrichten im Internet bemerkt hatten, gaben an, diese Identifizierung sei aufgrund von entsprechenden Medienberichten erfolgt. Nach ihren Angaben konnten 45 Prozent Fake News durch eigene Überprüfung der behaupteten Sachverhalte als inhaltlich falsch bewerten. Bei den 14- bis 24-Jährigen lag der Anteil derer, die Fake News durch eigene Recherchen entlarvt haben wollten, sogar bei 62 Prozent. Die Meinungsforscher von Forsa fanden außerdem heraus, dass 86 Prozent der Befragten der Forderung zustimmten, es müsse für die Community-Nutzer einfacher werden, Fake News als solche zu kennzeichnen. 80 Prozent schlossen sich der Forderung an, es brauche neue Gesetze, damit Facebook und Co. gemeldete Fake News schneller löschen müssen. Isenberg präsentierte abschließend Daten, die darauf hindeuten, dass mit zunehmendem Alter der Befragten deren Gefühl der Überforderung, aber auch die Kritik an demokratiegefährdenden Potenzialen durch Fake News steige. Im Übrigen habe nur eine Minderheit die Meinung geäußert, dass Fake News kein Fake, sondern nur eine Form freier Meinungsäußerungen darstellen würden.



Fake News seien eine große Gefahr für die Demokratie und bedrohten die Wissensgesellschaft, urteilte **Andreas Salz** von der Deutschen UNESCO-Kommission e. V. Desinformation sei zwar nichts Neues, aber ihre Intensität nehme im Online-Zeitalter zu, weil die digitale Verbreitung von Informationen elektronisch schneller und ungefiltert erfolge. Vor allem die ältere Generation habe Probleme, sich in dieser Online-Welt zurechtzufinden. Salz plädierte dafür, die Gesellschaft müsse mehr in Informations- und Medienkompetenz investieren. Entsprechend müssten auch die Curricula für Schulen angepasst werden.

An medienpädagogischem Material mangle es nicht, lautete die Einschätzung des Medienpädagogen **Johannes Wentzel**. Aber es fehle oft an ausreichend weit verbreiteter Umsetzung. „Junge Leute kommunizieren sehr viel und sehr schnell“, analysierte der Experte aus Münster. Grundsätzlich hielten sich Jugendliche für sehr medienkompetent. Es fehle aber häufig an Reflexionsvermögen und Sensibilität. „Jugendliche bezeichnen sehr viel als Fake“, machte Wentzel darauf aufmerksam, dass junge Online-Nutzer zur Debatte über Fake News einen eigenen Zugang haben. **Matthias Felling**, Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz, Landesstelle NRW e.V. (AJS NRW), klärte auf, die Phänomene Fake News und Hate Speech würden oft eng zusammenhängen. Merkmale von Hate Speech wie politische Diffamierung, gesellschaftliche Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit würden auch auf viele Fake-News-Strategien zutreffen. Umso wichtiger sei es, dass Social-Media-Nutzer Verantwortungsbewusstsein zeigten und Zivilcourage bewiesen, um die Macher von Fake-Kampagnen in ihre Schranken zu verweisen.

LfM-Direktor **Dr. Tobias Schmid** betonte in seiner resümierenden Schlussbetrachtung ebenfalls einen engen Zusammenhang von Hate Speech und Fake News. Hate Speech aber sei auch strafrechtlich relevant. Nachrichten könnten aufgrund von mangelnder Recherche unter Zeitdruck fehlerhaft sein oder falsch als Resultat einer geplanten Desinformation. Beides trage zum Verlust an Vertrauen in klassische Medien bei. Professioneller Journalismus müsse darauf mit Transparenz reagieren, mit „kritischer Selbstbefassung“ und fundierter Ausbildung.

Bei seinem Fazit skizzierte Schmid vier Ansätze im Kampf gegen den Vertrauensverlust von Medien und Journalismus. Erstens müsse der professionelle Journalismus gestärkt werden. Zweitens müsse Nutzeraufklärung dazu führen, dass Fake News schnell als solche erkannt würden. Drittens müssten Intermediäre und Betreiber von Social-Media-Plattformen zu kooperativerem Verhalten angehalten werden, damit beispielsweise Beschwerden schneller zum Erfolg führten. Und viertens müsse „durch eine minimalinvasive Anpassung der Rechtsordnung“ eine staatsferne Aufsicht dafür sorgen, dass auf die Online-Verbreitung von falschen Informationen so reagiert werden könne, wie dies im Falle der Printmedien der Pressekodex und im Rundfunksektor die Landesmedienanstalten regeln würden. Zwar könne am Ende keine Instanz darüber entscheiden, was Wahrheit sei, aber über eine handwerklich professionelle und nicht-tendenziöse Darstellung von Fakten seien Urteile sehr wohl möglich, lautete das abschließende Petitum des LfM-Direktors.

Prof. Dr. Matthias Kurp

Detaillierte Online-Informationen zur Forsa-Umfrage der LfM:

- ➡ Ergebnisbericht zur Wahrnehmung von Fake News
- ➡ Ausgewählte Charts mit Ergebnissen der Studie